

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 66 846 ppbn d

## Inhalt

Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, zum novellierten Hochschulrahmengesetz: Innere Demokratie wird abgebaut.

Seite 1

Klaus Wettig MdEP zum Wahlausgang in Portugal: Ein Erfolg des Populismus.

Seite 3

Georg Schlaga MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, zur afghanischen Pressekampagne gegen die SPD: Kabul setzt auf Verwirrung.

Seite 4

Dokumentation  
87 SPD-Bundestagsabgeordnete forderten Verteidigungsminister Wörner auf, bei seiner Asien-Reise Ost-Timor nicht zu vergessen. Wortlaut ihres Briefes auf

Seite 5

40. Jahrgang / 192

8. Oktober 1985

### Bonn baut innere Demokratie an Hochschulen ab

Das novellierte Hochschulrahmengesetz wird den Erfordernissen der Zukunft nicht gerecht

Von Anke Brunn  
Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Kürzlich hat der Deutsche Bundestag erwartungsgemäß mit den Stimmen der Regierungskoalition die Novelle zum Hochschulrahmengesetz verabschiedet. Viel kleinkrämerische Organisation wird damit nun geregelt, neue Unruhe wird in die Hochschulen getragen, zwangsläufig folgt ein Abbau an innerer Demokratie an unseren Hochschulen.

Ich bedauere es sehr, daß die Bundesregierung mit dieser Initiative eine nutzlose Debatte begonnen hat, deren Auswirkung die Hochschulen in den kommenden Monaten lähmen und von wichtigen Fragen der Zukunft ablenken wird. Meiner Meinung nach gibt es in der gegenwärtigen Hochschulpolitik viel wichtigere Aufgabenschwerpunkte, mit denen wir uns vorrangig befassen sollten.

Heute ist es für jeden Berufsanfänger schwieriger geworden, angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Arbeitsplatzabbau Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden. Dies gilt ganz besonders auch für unsere jungen Studenten. Hier haben die Hochschulen eine wichtige Aufgabe: Sie müssen ihr Lehrangebot immer wieder erneuern und neue zukunftsorientierte Studiengänge über die klassischen Akademikerberufe hinaus entwickeln.

Ganz besonders unsere Fachhochschulen sind hier auf einem guten Weg. Immerhin studieren an den elf staatlichen Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen und in den Fachhochschulstudiengängen unserer Gesamthochschulen mehr als 90.000 der etwa 420.000 Studentinnen und Studenten in Nordrhein-Westfalen. Was noch mehr aussagt: Fast jeder dritte Studienanfänger in Nordrhein-Westfalen entscheidet sich für eine Fachhochschule.

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verbinden Sie sich  
mit dem grünen Kreis  
Bund-Lese-Pakt



Damit wird mehr als deutlich, welche Attraktion bei uns vom Fachhochschulstudium ausgeht. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, in der auch Fragen der Berufsperspektive immer mehr an Bedeutung gewinnen, beweisen die Fachhochschulen ihre Kreativität und ihre Fähigkeit zur Innovation.

Die Fachhochschulen sind mit Phantasie darangegangen, ihr Lehrangebot auf eine veränderte Nachfrage umzustellen. An den Fachhochschulen Aachen und Niederrhein wurde ganz neu der Studiengang Biotechnologie eingerichtet. Die Absolventen, denen sehr gute Berufschancen prognostiziert werden, werden sich Berufsfelder in der chemischen und pharmazeutischen Industrie, der Lebensmittelindustrie, der Landwirtschaft, der Brauerei- und Getränkeindustrie, in der Umwelttechnik, in Umweltschutzbehörden, in der Labormedizin und der Medizintechnik erschließen.

An der Fachhochschule Köln haben wir erstmalig in der Bundesrepublik einen Studiengang „Architektur der Ausstellungen und Freizeitanlagen“ eingerichtet. Auch diese Absolventen haben nach Gutachten von Berufs- und Fachverbänden gute Berufsaussichten, wobei sich Köln wegen seiner unmittelbaren Nähe zu einer der größten Messen als Standort nahezu ideal anbietet.

An der Fachhochschule Bochum können die Studenten ab dem kommenden Wintersemester die neue Studienrichtung „Informationsverarbeitung“ studieren. Sowohl die Industrie als auch die Arbeitsverwaltung haben betont, daß es bislang nicht genug Absolventen auf diesem Gebiet gibt.

Auch die Grundsatzentscheidung über die Art der Restauratorenausbildung im Hochschulbereich Nordrhein-Westfalens ist jetzt gefallen. Die Fachhochschule Köln wird einen entsprechenden Studiengang in Kooperation mit den Restaurierungszentren der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe errichten.

Zur Abrundung dieses facettenreichen Bildes sei noch auf die Einrichtung des integrierten Studiengangs „Wirtschaftsingenieurwesen“ an der Gesamthochschule Paderborn hingewiesen.

Doch nicht nur auf technisch-naturwissenschaftlichem Gebiet arbeiten wir in Nordrhein-Westfalen zusammen mit den Hochschulen an neuen Studienstrukturen. Auch die Geistes- und Sozialwissenschaften richten sich auf ein neues Studienprofil in den 90er Jahren ein. Neue Magisterstudiengänge an unseren Gesamthochschulen sichern in den Geisteswissenschaften ein Lehrangebot, das durch den Rückgang der Lehrerausbildung von Auszehrung bedroht ist. In der Fernuniversität Hagen wurde darüber hinaus mit dem weiterbildenden Studium „Humanwissenschaften“ Neuland betreten, einem kulturwissenschaftlichen Angebot für Berufstätige.

Neue Magisterstudiengänge haben auch die Universitäten Münster und Bonn für Juristen mit ausländischem Hochschulabschluß erhalten. Neue Wege aber sind wir mit der Einrichtung der ersten Professur für „Philosophie der Technik“ an der Universität Dortmund gegangen, mit der ich einen Beitrag leisten möchte, geistes- und naturwissenschaftliche Fragestellungen wieder stärker zusammenzubringen.

Ich glaube, mit diesen Strukturentscheidungen sind wir auf einem guten Weg. Sie werden erfolgreich weitergeführt werden können, wenn nicht von konservativer Seite die Organisationsdebatten um neue Mehrheiten in den Gremien uns davon abhalten, die Hochschulen auf eine gute Entwicklung in den 90er Jahren vorzubereiten.

(-/8.10.1985/rs/ks)

+ + +



Ein Erfolg des Populismus

Zum Ausgang der vorgezogenen portugiesischen Wahlen

Von Klaus Wettig MdEP

Vorsitzender des gemischten Ausschusses Europäisches Parlament / Portugiesisches Parlament

Für die portugiesischen Sozialisten gibt es an diesem Wahlergebnis nichts zu beschönigen: Der Verlust von 16 Prozent der Stimmen und von 46 Mandaten ist ein Debakel wie es die Sozialisten im demokratischen Portugal seit 1974 nicht erlebt haben. Ihre Wahlergebnisse waren nicht immer gut, aber sie lagen stets näher bei 30 als bei 20 Prozent.

Eine Wahlniederlage dieses Ausmaßes ließ sich im Wahlkampf nicht erkennen, der allenfalls ein allgemeines Desinteresse im politischen Spiel der Parteien offenbarte. Denn für den Normalportugiesen mußten die häufigen Wahlen seit 1974, die dennoch kaum eine Änderung der realen Lage des Landes bewirkten, ermüdend wirken, ermüdend auch für das Vertrauen in die Hauptakteure der Politik und ihre Parteien.

Dies erklärt denn auch warum die Neuformation „Demokratische Erneuerung“ (PRD) auf Anhieb so viele Stimmen gewonnen hat, wie die Sozialisten verloren haben. Die mit unverstellter Unterstützung des Präsidenten Eanes gegründete Partei, deren Kampagne von der Ehefrau des Präsidenten geführt wurde, hat alle Enttäuschten zu sich umlenken können. Ob sie das Programm der Demokratischen Erneuerung umsetzen können bleibt offen. Zunächst bietet sie aber Eanes nach Ablauf seiner Amtszeit im Januar 1986 eine politische Basis, die aus dem Präsidenten sehr schnell einen Ministerpräsidenten machen kann.

Die Sozialisten, durchaus nicht ohne Erfolge in den letzten Regierungsjahren, haben Rechnungen quittieren müssen, die sie nicht selbst ausgestellt haben. Die beginnende ökonomische Konsolidierung, die freilich für Normalportugiesen bisher noch keine Verbesserung ihrer Situation bewirkt hat und der EG-Beitritt, haben ihr nicht geholfen.

Ihrem Hauptgegner, den Sozialdemokraten (PSD), hat es offensichtlich nicht geschadet, daß sie ohne Grund eine Regierungskrise provoziert haben, die schließlich zur Parlamentsauflösung führte. Und ihr Parteiführer hat auch nicht darunter gelitten, daß zu seiner Zeit als Finanzminister, der Staatshaushalt gründlich zerrüttet wurde. Alles in allem ein Erfolg des Populismus.

Die Stabilität der PSD, der Kommunisten und der Christdemokraten - beide mit leichten Verlusten - überrascht. Für die Sozialisten wird diese Stabilität ein zusätzlicher Grund des Nachdenkens sein.

Die zukünftige Koalitionsregierung zeichnet sich bereits jetzt im Ergebnis klar ab. Es wird eine Mitte/Rechts-Regierung sein, die allein aus PSD und der Demokratischen Erneuerung gebildet werden könnte, sicher aber, um die Mehrheit zu vergrößern, auch die Christdemokraten einschließen wird. Die Sozialisten sind zu schwach geworden, um für eine Regierung in Frage zu kommen. Sie werden mit den Kommunisten die Oppositionsbänke drücken und nicht nur über die politischen Fehler der Vergangenheit nachdenken, sondern vor allem die dringende Erneuerung der Partei vorantreiben müssen. Es scheint, daß am 6. Oktober in Portugal mehr als eine normale Parlamentswahl stattgefunden hat. Für die Sozialisten, die sich unzählige und unvergessene Verdienste um den Aufbau der Demokratie in Portugal erworben haben, könnte dieses Wahlergebnis eine langdauernde Oppositionszeit einläuten.

(-/8.10.1985/rs/ks)

+ + +

Kabul setzt auf Verwirrung

Zur afghanischen Pressekampagne gegen die SPD

Von Georg Schlaga MdB  
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die kommunistische afghanische Regierung hat - wie der Frankfurter CDU-Oberbürgermeister Wallmann - eine heftige Kampagne gegen die SPD gestartet.

Während Wallmann jedoch der SPD jegliches Engagement für das blutende Afghanistan abspricht mit der vordergründigen Absicht, die Sozialdemokraten als „verlängerten Arm Moskaus“ zu verleumdern, wird die SPD von den afghanischen Medien als „Helfershelfer der USA“ im „unerklärten Krieg der USA gegen Afghanistan“ verurteilt.

Weiter heißt es, die SPD stelle sich als „schobewußter Lügner der Konterrevolution und westlicher Geheimdienste“ zur Verfügung und mache mit „reaktionären Kräften Westdeutschlands gemeinsame Sache“, und außerdem verunglimpfe sie die „vielseitige internationalistische Hilfe der Sowjetunion ...“ für Afghanistan.

Diese einfallslose Sprache verrät die Urheber und einiges mehr:

- Es wird ein neuer Begriff geprägt, nämlich der des „unerklärten Krieges der USA gegen Afghanistan“. Das ist zwar das tatsächliche Gegenstück dessen, was seit Weihnachten 1979 durch Sowjetarmee und kommunistische afghanische Truppen in Afghanistan passiert. Aber Kabul und Verbündete setzen auf Verwirrung und Vergessen;
- Bundesrepublik und besonders SPD werden der Zusammenarbeit mit der CIA bezichtigt; eine Methode, die leider in der Dritten Welt begeisterte Anhänger hat;
- Desinformation ist ein sehr teures und übles politisches Mittel, dessen sich TASS und Kabul bezüglich Afghanistan bedienen (sie sind nicht die einzigen, die das tun); und ein solches Mittel kann mit Falschmeldungen aus dem gequälten Land, aus dem keine freien Journalisten berichten dürfen, gefährliche Folgen für Hilfsbereitschaft und Solidarität der westlichen und islamischen Welt für Afghanistan haben.

Sozialdemokraten setzten sich für Menschenrechte ein, wo und durch wen auch immer sie verletzt werden. Das wird auch so bleiben. Wir werden unsere Anstrengungen zur Beendigung des schmutzigen Krieges in Afghanistan verstärken, wie auch das von uns für den Auswärtigen Ausschuß beantragte Hearing über Afghanistan deutlich macht.

(-/8.10.1985/rs/ks)

+ + +



**DOKUMENTATION**
**SPD-MdB appellieren an Wörner: Ost-Timor nicht vergessen**

Bundesverteidigungsminister Wörner, zur Zeit auf Reisen nach Japan, Korea, Indonesien und Thailand, hat in seinem Reisegepäck einen von 87 sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten unterschriebenen Brief, in dem er gebeten wird, sich gegenüber der indonesischen Regierung für die Menschen in Ost-Timor einzusetzen. Der von dem Bundestagsabgeordneten Hans-Ulrich Klose verfaßte Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Minister Wörner,

anlässlich Ihres Besuches in Indonesien im Oktober dieses Jahres möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auf Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor lenken.

Indonesien hat die frühere portugiesische Kolonie Ost-Timor am 7. Dezember 1975 besetzt und am 17. Juli 1976 offiziell annektiert. Dies ist bis heute weder von den Vereinten Nationen noch von der Bundesregierung oder irgendeiner anderen Regierung Westeuropas anerkannt worden. Allerdings wächst die Neigung, sich mit den „vollendeten Tatsachen“ abzufinden - auch bei der Bundesregierung.

Seit der indonesischen Besetzung zählt Ost-Timor zu den am stärksten isolierten Gebieten der Erde. Die wenigen Berichte über die dortige Situation gelangen vor allem durch die katholische Kirche, der 80 Prozent der Bewohner angehören, an die Öffentlichkeit. Diese Berichte zeichnen ein alarmierendes Bild von der indonesischen Präsenz. So schätzt der Apostolische Administrator Monsignore da Costa Lopes, der von 1977 bis 1983 als Oberhaupt der ost-timorensischen Kirche amtiert hat, die Zahl der Opfer durch Krieg, Hunger und Terror auf mindestens 150.000 bei einer Bevölkerungszahl von knapp 700.000 am Ende der Kolonialzeit.

In der letzten Zeit erreichten unter anderem folgende Briefe aus Ost-Timor die Öffentlichkeit in Westeuropa:

- Zwei Priester berichten in einem achtseitigen Brief vom Juni 1984 detailliert über Grausamkeiten, Bombardements von Dörfern sowie das Verbot der Feldarbeit, das schwere Hungersnöte zur Folge hat (siehe Süddeutsche Zeitung vom 19. September 1984 und Frankfurter Rundschau vom 3. Oktober 1984).
- Das amtierende Oberhaupt der ost-timorensischen Kirche, Monsignore Ximenes Belo, schreibt gemeinsam mit seinem Priesterkollegium in einem Brief vom 1. Januar 1985: „Die Kirche fürchtet nun eine unwiderrufliche Entwicklung, die allmählich zur Auslöschung der ethnischen, kulturellen und religiösen Identität des Volkes von Ost-Timor führt.“ (Siehe unter anderem „Deutsche Tagespost“ vom 28. Mai 1985). Die Echtheit dieses Briefes konnte von ost-timorensischen Priestern im Exil zweifelsfrei bestätigt werden.
- Im Februar 1985 schildert ein ehemaliger Gefangener in einem vierseitigen Brief Foltermethoden, die er zum Teil selbst erlitten hat. Er nennt unter anderem Elektroschocks, Verbrennungen mit Zigaretten, Zerquetschen der Zehen an Stuhlbeinen, Durchtrennung der Stimmbänder und Kastration (siehe Berliner Tagesspiegel vom 11. August 1985 und Stuttgarter Zeitung vom 13. August 1985).



- Im Juni 1985 beklagt Monsignore da Costa Lopes auf einer Pressekonferenz in Bonn, daß „die Massaker und das Verschwindenlassen von Menschen noch keinesfalls ein Ende gefunden haben“ (siehe unter anderem Badische Zeitung vom 27. Juni 1985).
- Gleichzeitig veröffentlicht amnesty international einen Report über Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor. Der Report stützt sich auf Aussagen von Flüchtlingen, da die Gefangenenhilfsorganisation trotz mehrerer Bitten keine Erlaubnis für einen Besuch der Insel erhalten hat.

Wie Sie, sehr geehrter Herr Minister, vielleicht gehört haben, hatte eine Bundestagsdelegation im Februar dieses Jahres Gelegenheit, Indonesien und Ost-Timor zu besuchen. Sie hat sich im Anschluß an diesen Besuch in großer Übereinstimmung über Parteigrenzen hinweg, kritisch zur Menschenrechtslage in Ost-Timor geäußert (Anlage). Es wäre gut, wenn Sie daran anknüpfen würden.

Ich habe großes Verständnis für das Bemühen der Bundesregierung, um gute politische Beziehungen zum offiziellen Indonesien. Dies darf jedoch nicht dazu führen, über Menschenrechtsverletzungen hinwegzusehen. Wir bitten Sie deshalb, die Gelegenheit Ihres Besuches in Indonesien zu nutzen,

- um sich mit Nachdruck für die Einhaltung der Menschenrechte in Ost-Timor einzusetzen,
- um für einen freien Zugang von unabhängigen Hilfswerken, Journalisten, Politikern und sonstigen Beobachtern einzutreten,
- um auf eine „verhandelte“ Lösung des Ost-Timor-Problems zu drängen, die allen beteiligten Seiten gerecht wird.

Mit freundlichen Grüßen (es folgen die Unterschriften von 87 sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten).

(-/8.10.1985/rs/ks)

+ + +

